

 dd_vg.



deutsche druck- und verlagsgesellschaft mbh
stresemannstraße 30, 10963 berlin
postanschrift: deichstraße 47, 20459 hamburg

Geschäftsbericht 2002

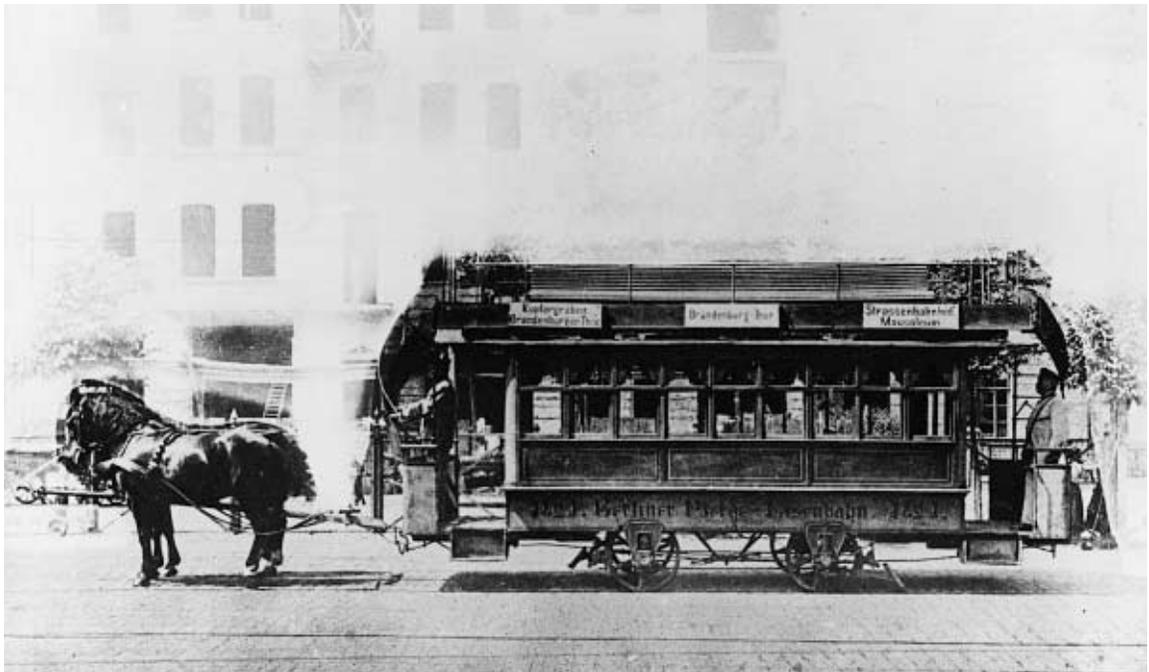
Inhalt:

Geschäftsbericht 2002.	Editorial	Seite 6
	Übersicht Beteiligungen Medien Druckereien Handel/Service Tourismus	Seite 10
	Bericht der Geschäftsführung	Seite 14
	Ausgesuchte Bilanzposten und Kennziffern	Seite 18
	Bilanz Erläuterungen zu Aktiva Erläuterungen zu Passiva	Seite 20
	Gewinn- und Verlustrechnung Erläuterungen zur G & V	Seite 22
	Beteiligungsergebnisse nach Sparten: Medienbeteiligungen Druckereien Handel und Service Tourismus	Seite 24
	Unternehmensverfassung Geschäftsführung, Gesellschafter, Aufsichtsrat	Seite 26
	Thema 1: Das Presse-Grosso: Garant für die Pressevielfalt	Seite 28
	Thema 2: Rundfunkgesetzgebung gegen die dd_vg. – verfassungswidrig	Seite 30
	Dokumentation. Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht – das hessische Landesrundfunk- gesetz auf dem Prüfstand. Der Schriftsatz von Prof. Dr. Joachim Wieland	Anhang
	Illustrationen: 140 Jahre Zeitgeschichte.	Ab Seite 5

140 Jahre Zeitgeschichte durch's Objektiv gesehen.

2003 feiert die deutsche Sozialdemokratie Geburtstag: 140 Jahre SPD, das bedeutet 14 Dekaden Zeitgeschichte. Die Fotografie war zu jenen Anfangszeiten gerade erst erfunden, doch das journalistische Foto übernahm in der aktuellen Berichterstattung sofort eine wichtige Funktion, deren Bedeutung bis heute anhält. Hier sind 14 Fotos, die Geschichte erzählen. Jedes wirft ein Schlaglicht auf sein Jahrzehnt, alle zusammen stehen für 14 Dekaden Fotojournalismus.

1860 - 1870



Die Industrialisierung führt nicht nur zum Wachstum der Arbeiterbewegung, sondern auch der Städte. Massentransportmittel werden gebraucht: Wagen Nr. 3 der ersten „Berliner Pferde-Eisenbahn“, eröffnet am 22. Juni 1865.

Editorial:

Die Gesellschafterin der dd_vg., die SPD, ist in diesem Jahr 140 Jahre alt geworden; ein stolzes Jubiläum auch für unser Unternehmen. Denn das Engagement bei Zeitungen und Druckereien gehörte von Anfang an dazu; davon zeugt die Arbeit einer Gruppe von Historikern, die jetzt als Buch unter dem Titel „Am Anfang standen Arbeitergroschen – 140 Jahre Medienunternehmen der SPD“ im Dietz-Verlag erschienen ist.

Dahinter stehen 140 Jahre Zeitgeschichte, die in diesem Heft in Fotos erzählt wird: 14 Bilddokumente, eines für jedes Jahrzehnt.

Die dd_vg. versucht, dieser Tradition gerecht zu werden, indem sie die Herausforderungen der sich ständig verändernden (Medien-)Welt wirtschaftlich erfolgreich besteht.

Die Reaktionen auf die Geschäftsberichte 2000 und 2001 haben uns ermutigt, den damit eingeschlagenen Weg einer offenen Unternehmenskommunikation fortzusetzen, der zunehmend Früchte trägt: Die Berichterstattung über die dd_vg. ist – von Ausnahmen abgesehen – sachlicher geworden und das Internet-Angebot wird intensiver genutzt denn je (www.ddvg.de).

Auch mit diesem Geschäftsbericht für 2002 können wir positive Zahlen präsentieren: Der Jahresüberschuss betrug 9,2 Mio. €. Er hat sich damit allerdings im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert. Auch wenn 2001 durch einen Sondereffekt positiv beeinflusst war, spiegeln sich darin die deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen für die Zeitungsverlage in Deutschland wider.

7,2 Mio. € wurden aus dem Bilanzgewinn 2001 an die SPD ausgeschüttet.

Die viel zitierte Krise der Tageszeitungen ist vor allem eine unternehmerische Herausforderung an die Verlage. Auch die dd_vg. begleitet als Gesellschafterin von Lokal- und Regionalzeitungsverlagen aktiv Konsolidierungs- und Restrukturierungsaktivitäten in ihren Beteiligungen. Der konsequente Einsatz neuer Technologien, die Arbeitsteilung mit externen Dienstleistern und neue Geschäftsfelder gehören genauso dazu wie die Ausschöpfung aller Möglichkeiten nachbarschaftlicher Kooperation und partnerschaftlicher Beteiligung in den Zeitungsregionen.

Dabei darf die Qualität des Produkts nicht aus dem Blickfeld geraten. Bei den Lokal- und Regionalzeitungen muss gerade angesichts erodierender Leser-Blatt-Bindungen, vor allem deutlicher Einbrüche in der Akzeptanz bei jüngeren Lesern, das journalistische Angebot weiter entwickelt werden. Das gilt natürlich für die Kompetenz vor Ort als Forum und Stimme der Region, aber auch für die überregionale Hintergrundberichterstattung und die redaktionellen Serviceleistungen der Zeitung.

Manches davon erfordert Kooperation mit anderen Verlagen, die immer mehr eine Voraussetzung dafür ist, die in

1870-1880



Eine frühe politische Vision, die zunächst blutig endete: Ausrufung der Pariser Kommune am 18. März 1871, Barricade de la Chaussee Menilmontan.

Europa beispiellose Vielfalt selbstständiger lokaler und regionaler publizistischer Einheiten in Deutschland zu erhalten. Hier gibt es auch den größten Bedarf für eine behutsame Reform des Kartellrechts.

Beispielhaft in Europa ist auch der Zeitungsvertrieb mit Hilfe des Presse-Grosso, das auch auflagenschwächeren Titeln den Weg zu den Verkaufsstellen ebnet und damit Pressevielfalt zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern bringt. Das Presse-Grosso als Garant für die Pressefreiheit in Deutschland – das trat ein wenig zu sehr in den Hintergrund, als einige Großverlage den Grossisten im Streit um ihre Handling-Margen mit Ausstieg drohten. Deshalb erhält der Geschäftsführer des Grosso-Verbandes auf Seite 28 das Wort.

Alles andere als beispielhaft, sondern politisch willkürlich und offenkundig verfassungswidrig, sind die neuen Rundfunkgesetze in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die die Zeitungsverlage mit dd_vg.-Beteiligung von Beteiligungen an privaten Hörfunksendern ausschließen – und zwar unabhängig von ihrer Höhe, also auch bei mittelbaren Kleinstbeteiligungen. Dabei geht es nicht um einen etwaigen publizistischen Einfluss der dd_vg. oder der SPD in den Sendern – den unterstellen nicht einmal die Gesetzesinitiatoren –, sondern ausschließlich darum, der dd_vg. und ihrer Gesellschafterin wirtschaftlich zu schaden. Damit entstehen zwei Klassen von Zeitungsverlagen in Deutschland; was den einen erlaubt ist, ist für die anderen verboten. Dagegen haben 232 Abgeordnete des Deutschen Bundestages ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Warum und wieso ist auf Seite 30 nachzulesen. Außerdem im Anhang der Schriftsatz des Prozessbevollmächtigten der Abgeordneten, Prof. Dr. Joachim Wieland von der Universität Frankfurt.

Eine wichtige Entscheidung des Jahres 2002 war der Erwerb der Aktienmehrheit des „ÖKO-TEST“-Verlages. Die renommierte Verbraucherzeitschrift hat durch das Engagement der dd_vg. eine solide wirtschaftliche Basis erhalten und das Erfolgsrezept des unabhängigen Verbrauchertests wird unter unveränderter redaktioneller Führung fortgesetzt.

Dieses Beispiel zeigt: Es gibt nicht nur schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, es gibt für die Zukunft auch Zeichen von Hoffnung und Optimismus.

1880 - 1890



Der Reichstag, in guten wie in schlechten Zeiten ein Symbol für die Geschichte Deutschlands. Grundsteinlegung am 9. Juni 1884 in Gegenwart Wilhelm I., König von Preußen.

Übersicht Beteiligungen Medien. 2002:

Die dd_vg. ist an folgenden Verlagshäusern beteiligt (jeweils mit Nennung der wichtigsten Medienprodukte):

- „Westfälische Verlagsgesellschaft mbH“ mit 100%: ist mit 13,1% an der „Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG“ in Dortmund beteiligt (Westfälische Rundschau)
- „Oliva Druck- und Verlagsgesellschaft mbH“ mit 100%: ist mit 49,5% an der „Verlagsgesellschaft Cuxhaven mbH & Co. Cuxhavener Nachrichten KG“ beteiligt (Cuxhavener Nachrichten)
- „Presse-Druck GmbH“ mit 87,5%: ist mit 57,5% an der „Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG“ in Bielefeld beteiligt (Neue Westfälische)
- „Druckhaus Bayreuth Verlagsgesellschaft mbH“ mit 47,5%: ist mit 62,5% an der „Nordbayerischen Kurier GmbH & Co. Zeitungsverlag KG“ beteiligt (Nordbayerischer Kurier)
- „Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG“ mit 40% (Sächsische Zeitung, Morgenpost Sachsen)
- „Frankenpost Verlag GmbH“ in Hof mit 30% (Frankenpost, Vogtland-Anzeiger)
- „Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG“ mit 30% (Freies Wort, Südthüringer Zeitung)
- „Druck- und Verlagsanstalt ‚Neue Presse‘ GmbH“ mit 30% (Neue Presse Coburg)
- „Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG“ mit rund 20,4% (u.a. Hannoversche Allgemeine, Neue Presse Hannover, Göttinger Tageblatt). Darüber hinaus ist die Verlagsgesellschaft Madsack mit 50% an der „Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH und Co. KG“ (Leipziger Volkszeitung, Dresdner Neue Nachrichten) beteiligt.
- „Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH“ mit 100% (vorwärts, Demokratische Gemeinde)
- „HSI Hamburger Stadtillustrierten Verlagsgesellschaft mbH“ mit 75% (SZENE HAMBURG, HH pur)
- „Rheinland-Pfälzische Rundfunk GmbH & Co. KG“ mit rund 9% (RPR1, RPR2)
- „ÖKO-TEST Holding AG“ mit 50% plus 10 Aktien, diese ist mit 100% an der ÖKO-TEST Verlag GmbH (ÖKO-TEST Magazin) beteiligt.

1890 - 1900



Der hoffnungsvolle Beginn einer neuer Ära der Völkerverständigung: Vom 6. bis 14. April 1896 finden in Athen die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit statt. Drei Jahre später wird die Erste Haager Friedenskonferenz abgehalten.

Druckereien.

- Druck + Verlagsgesellschaft Südwest mbH (100%)

- Hildesheimer Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (100%)

- Wullenwever print + media Lübeck GmbH (100%)

- braunschweig-druck GmbH (70%)

- Südthüringer Druckerei- und Verlagshaus GmbH & Co. Druckzentrum KG (30%)

Handel/Service.

- Hamburger Pressepapier Vertriebsgesellschaft mbH (100%)

- IMAGE Ident Marketing Gesellschaft mbH (100%)

- Antiquariatsgesellschaft im Willy-Brandt-Haus GmbH (100%)

- Office Consult GmbH (100%)

Tourismus.

- SPD-ReiseService GmbH (100%)

- Reisebüro im Willy-Brandt-Haus GmbH (100%)

1900-1910



Euphorie des technischen Fortschritts: Der brasilianische Fluggpionier Alberto Santos-Dumont umfliegt mit seinem Luftschiff den Eiffelturm. Paris, 19. Oktober 1901.

**Bericht der
Geschäftsführung:**

Die wirtschaftliche Situation.

Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnten für die dd_vg. kaum schlechter sein, als im abgelaufenen Geschäftsjahr 2002.

Nachdem sich die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 2001 gegenüber dem Vorjahr deutlich eingetrübt hatte, gab es zu Jahresbeginn 2002 zunächst durchaus Hoffnung auf eine gesamtwirtschaftliche Belebung. Außenwirtschaftliche Einflüsse jedoch, insbesondere die weiterhin negative Entwicklung auf den Aktienmärkten, sowie der sich bereits abzeichnende Irak-Konflikt nahmen den Optimismus schnell aus den Märkten.

Zum Jahresende war das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes quasi zum Erliegen gekommen; mit einer Wachstumsrate von 0,2 Prozent auf Jahresbasis 2002 stagnierte die Wirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2002 bei gut 11 Prozent.

Marktentwicklungen.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund erleben die Tageszeitungen, die das Kerngeschäftsfeld der dd_vg. bilden, eine fundamentale Strukturkrise. Viele Zeitungs-, aber auch Zeitschriftenverlage erwirtschafteten hohe Verluste; nicht wenigen Verlagen drohte der Konkurs. Diese negative Entwicklung machte auch vor einigen renommierten Regionalzeitungen nicht halt, denen man mehr ökonomische Robustheit zuge-
traut hätte.

Die wirtschaftliche Malaise war primär ein Reflex auf das schleppende Anzeigengeschäft: Insgesamt verloren die Tageszeitungen in 2002 rund 700 Mio. € Anzeigenumsatz. Dem stand ein Plus von rund 140 Mio. € an Vertriebsumsätzen gegenüber, das ausschließlich durch Preiserhöhungen erzeugt wurde; die Auflagen sanken mengenmäßig um gut 2 Prozent.

Auf die einzelnen Rubriken heruntergebrochen verzeichneten die Tageszeitungen das größte Anzeigenminus bei den Stellenanzeigen (-40,7%), den Markenartikelanzeigen (-13,2%), Immobilien- (-10,8%) und Kfz-Anzeigen (-10,3%).

Diese Markttrends machten natürlich auch vor den Verlagshäusern mit dd_vg.-Beteiligung nicht halt: Um Sondereinflüsse bereinigt sank das Medien-Beteiligungsergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 30 Prozent auf 17,9 Mio. €.

Das Geschäftsfeld Druckereien hatte konjunkturbedingt einen schweren Stand: Das Beteiligungsergebnis verschlechterte sich gegenüber 2001 um 0,1 Mio. € auf - 0,551 Mio. €. Maßnahmen zur Restrukturierung wurden eingeleitet.

1910-1920



Mit Hurra in den Tod: Mobilmachung zum 1. Weltkrieg, Abfahrt eines Truppentransports auf einem Berliner Bahnhof am 28. August 1914.

Die Ergebnisse aus der Sparte Handel waren rückläufig; das Tourismusgeschäft konnte gegen den Markttrend deutlich verbessert werden.

1920-1930



Das Ende der Euphorie. Zusammenbruch der Aktienkurse an der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929, dem „Schwarzen Freitag“.

Ausgesuchte Bilanzposten und Kennziffern.

Im Geschäftsjahr 2002 musste die dd_vg. ein deutlich schlechteres Ergebnis hinnehmen. Der Grund hierfür lag zum einen in der negativen Konjunktorentwicklung, zum anderen wurde das Ergebnis durch einen bedeutenden Sondereffekt belastet: Im Vorjahr hatte die dd_vg. eine Sonderausschüttung in Höhe von knapp 8 Mio. € vereinnahmt.

- Der Jahresüberschuss nach Steuern verringerte sich mit 9,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahresergebnis um 8,9 Mio. € was einem Rückgang von 49,2 Prozent entspricht.
- Die Eigenkapitalquote veränderte sich um plus 4,1 Prozentpunkte auf nunmehr 40,9 Prozent.
- Der Rückgang des Anlagedeckungsgrades auf 79,7 Prozent ist wesentlich auf Investitionen in das Finanzanlagevermögen zurückzuführen.
- Der Cashflow ging gegenüber dem Vorjahr um 8,9 Mio. € auf jetzt 10,4 Mio. € zurück.
- Die Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten konnten im Vergleich zum Vorjahr durch Tilgungen um 1,4 Mio. € auf 12,7 Mio. € reduziert werden.
- Im Geschäftsjahr 2002 wurden für den Erwerb der Mehrheit an der ÖKO-TEST Holding AG (50,0 Prozent plus 10 Aktien) 2,6 Mio. € in das Finanzanlagevermögen investiert.

Bilanzposten und Kennziffern	2002	2001
Jahresüberschuss (in Mio. €)	9,2	18,1
Eigenkapitalquote*	40,9%	36,8%
Bilanzsumme (in Mio. €)	108,5	115,4
Anlagedeckungsgrad**	79,7%	88,7%
Gesamtkapitalrendite nach Steuern	8,5%	15,7%
Cashflow*** (in Mio. €)	10,5	19,4
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (in Mio. €)	12,7	14,1
Realinvestitionen (in Mio. €)	0,0	1,8
Investitionen Anteile ÖKO-TEST Holding AG (Finanzanlagevermögen)	2,6	0,0

* vor Ausschüttung
** Definition: Eigenkapital + langfr. Verbindlichkeiten zu langfr. Vermögen
*** Definition: „Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit“ gemäß DRS 2

1930 - 1940



Ein Fanal der deutschen Geschichte: Reichstagsbrand 1933, Blick vom Brandenburger Tor auf das brennende Reichstagsgebäude am Morgen des 27. Februar.

Bilanz.**Erläuterungen zu Aktiva.**

Das Anlagevermögen der dd_vg. stieg um rund 10,3 Mio. € durch Investitionen in das Finanzanlagevermögen.

Der Rückgang des Umlaufvermögens um 17,2 Mio. € erklärt sich durch die Investition in das Finanzanlagevermögen sowie durch rückläufige Forderungen.

Aktiva (in Mio. €)	2002	2001	
Anlagevermögen	91,8	81,5	
Im Wesentlichen:			
Anteile an Verbundenen Unternehmen	9,1	6,3	Der Anstieg resultiert aus der Übernahme der Mehrheit der Anteile an der ÖKO-TEST Holding AG, Frankfurt.
Beteiligungen	69,3	69,3	Gegenüber dem Vorjahr haben sich keine Änderungen ergeben.
Sonstige Ausleihungen	8,1	0,1	
Umlaufvermögen	16,7	33,9	
Im Wesentlichen:			
Forderungen gegenüber Verbundenen Unternehmen	5,7	13,7	Der Rückgang erklärt sich aus rückläufigen Gewinnen bei mehreren Verbundenen Unternehmen, sowie Darlehensrückführungen.
Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	0,8	0,6	Die Forderungen stiegen durch den Anstieg von Gesellschafterkonten aufgrund von bestehenden Gewinnansprüchen.
Bankguthaben	6,9	15,5	Die liquiden Mittel wurden im Wesentlichen für die Investitionen in das Finanzanlagevermögen verwendet.
Sonstige Vermögensgegenstände	3,3	3,8	
Bilanzsumme	108,5	115,4	

Erläuterungen zu Passiva.

Die anhaltend positive Gewinnsituation der dd_vg. führte zu einem weiteren Anstieg des Eigenkapitals: Mit 44,4 Mio. € liegt es 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr. Das entspricht einer positiven Änderung von knapp 5 Prozent. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 40,9 Prozent (Vorjahr 36,8 Prozent).

Gleichzeitig sanken die Steuerrückstellungen durch Zahlungen für vergangene Veranlagungszeiträume; die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um 1,4 Mio. €.

Passiva (in Mio. €)	2002	2001	
Eigenkapital	44,4	42,4	
Stammkapital	6,1	6,1	Das Stammkapital beträgt unverändert 6,1 Mio. €.
Gewinnvortrag	29,1	18,2	Aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2001 wurde in 2002 eine Dividende von insgesamt 7,2 Mio. € ausgeschüttet.
Jahresüberschuss	9,2	18,1	
Rückstellungen	20,4	26,0	
Rückstellungen für Pensionen	8,5	8,8	
Steuerrückstellungen	10,7	16,4	Rückstellungen für Körperschaftsteuer 2001 und 2002, latente Steuern sowie Mehrsteuern aufgrund von Betriebsprüfungen bei Beteiligungsgesellschaften.
Sonstige Rückstellungen	1,2	0,8	
Verbindlichkeiten	43,7	46,9	
darunter:			
gegenüber Kreditinstituten	12,7	14,1	Außerplanmäßige Tilgung eines Teilbetrages eines Bankdarlehens.
gegenüber Verbundenen Unternehmen	2,7	3,5	Rückgang durch verringerte Liquiditätsüberschüsse bei Tochterunternehmen.
gegenüber Beteiligungsunternehmen	5,1	5,2	
Sonstige Verbindlichkeiten	22,7	23,5	
Bilanzsumme	108,5	115,4	

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Gewinn betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 9,2 Mio. € und lag damit 8,8 Mio. € unter Vorjahr. Aufgrund der Ausgliederung eines Teilbetriebs in eine Tochtergesellschaft ergeben sich im Vorjahresvergleich erhebliche Verschiebungen in den Einzelpositionen. Der Ergebnisrückgang ist wesentlich auf die Verringerung der Erträge aus Beteiligungen zurückzuführen.

Erfolgsübersicht (in Mio. €)	2002	2001	
Umsätze / Betriebliche Erträge	0,6	2,9	Ab 2002 im Wesentlichen Grundstückserträge. Rückgang aufgrund der Ausgliederung eines Teilbetriebs in eine Tochtergesellschaft.
Beteiligungsergebnis darunter:	17,5	31,9	
Medienbeteiligungen	17,9	33,1	
Personalaufwendungen	- 1,7	- 2,7	Im Zuge der Ausgliederung eines Teilbetriebs ist Personal auf eine Tochtergesellschaft übergegangen.
Beraterhonorare	- 0,9	- 1,2	Rechtsberatung, Steuerberatung, Unternehmensberater, externe Buchhaltung.
Sonstige Aufwendungen	- 1,6	- 3,6	Mieten, Reisekosten, Marketing, Projektaufwendungen sowie diverse direkte Kosten. Rückgang überwiegend durch die Ausgliederung eines Teilbetriebs und Verlagerung der darin enthaltenen Kosten.
Betriebsergebnis / EBDIT	13,9	27,3	
Abschreibungen	- 0,2	- 0,5	
Finanzergebnis	- 1,9	- 1,5	Verringerte Guthaben-Zinsen; im Vorjahr war die Verzinsung für noch nicht ausgezahlte Gewinnansprüche bei einer Beteiligungsgesellschaft enthalten.
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,2	Verschmelzungsgewinn.
Steuern	- 2,5	- 7,5	Verringerung aufgrund des Ergebnisrückgangs, sowie Anpassung der Körperschaftsteuer-Rückstellung für das Vorjahr.
Jahresüberschuss	9,2	18,1	

1940-1950



Symbolfiguren des Neubeginns aus den Ruinen: „Trümmerfrauen“ auf dem Gelände vor dem Berliner Reichstag, 14. Januar 1946.

Beteiligungsergebnis nach Sparten.

Sparte (in Mio. €)	2002	2001	Abweichung in Mio. €.
Medienbeteiligungen	17,9	33,1	- 15,2
	<p>Der deutliche Rückgang der Erträge aus Medienbeteiligungen ist wesentlich auf einen Sondereffekt im Vorjahr zurückzuführen: In 2001 wurde bei der Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG (DD+V) das Geschäftsjahr auf Kalenderjahr umgestellt, was zu einer Gewinn-Vereinnahmung für eineinhalb Wirtschaftsjahre führte.</p> <p>Daneben beeinflusste die negative Konjunktorentwicklung die Medienbeteiligungen der dd_vg., insbesondere mit Blick auf das Anzeigengeschäft. Hier waren primär die Rubriken Stellenanzeigen, Immobilienanzeigen, Kfz-Anzeigen sowie das nationale „Markenartikelgeschäft“ betroffen.</p> <p>Die Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG konnte durch die guten Ergebnisse der Illustrationsdruckerei wiederum einen deutlichen Beitrag zum Beteiligungsergebnis der dd_vg. leisten. Das Ergebnis der Sächsischen Zeitung wurde durch die Flut-Katastrophe im August 2002 beeinträchtigt. Die Sanierungsarbeiten am Gebäude dauern noch an. Die Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG (VGM) musste einen Ergebnisrückgang hinnehmen. Dieser resultierte auch hier im Wesentlichen aus Rückgängen im Anzeigenbereich, wobei bei der VGM bereits in Vorjahren Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, die die negativen Effekte des Erlösrückgangs teilweise auffangen konnten. Die Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG, deren Beteiligungsertrag über die Presse-Druck GmbH vereinnahmt wird, musste neben den negativen allgemeinerwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch Ergebnisbelastungen durch nicht betrieblich bedingte Sondereffekte hinnehmen. Für 2002 führte dies dazu, dass bei der dd_vg. kein Beteiligungsertrag vereinnahmt werden konnte.</p> <p>Auch die Westfälische Verlagsgesellschaft mbH, die zu 13,1 Prozent an der Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG beteiligt ist („Westfälische Rundschau“), vereinnahmte wiederum konjunkturbedingt geringere Gewinne als im Vorjahr.</p> <p>Für die Beteiligungen der dd_vg. an der Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG (Freies Wort) und der Druck- und Verlagsanstalt „Neue Presse“ GmbH, Coburg, wurden in 2002 umfangreiche Restrukturierungsmaßnahmen eingeleitet, die in den Folgejahren zu erheblichen Ergebnisverbesserungen führen werden. Gleiches gilt für die Frankenpost Verlag GmbH, Hof, die zu Beginn des Jahres 2003 zu 100% von der dd_vg. übernommen wurde.</p>		
Druckereien	- 0,5	- 0,4	- 0,1
	<p>Im Segment der Druckereien musste auch in 2002 ein deutlicher Verlust hingenommen werden. In Folge dieser Entwicklung wurden in 2003 zwei Druckereibetriebe veräußert.</p>		
Handel und Service	0,4	0,7	- 0,3
	<p>Insbesondere im Papierhandel führten umfangsbedingte Mengenrückgänge sowie Preisreduzierungen zu einer Ergebnisverringering.</p>		
Tourismus	- 0,3	- 1,5	+ 1,2
	<p>Das Vorjahresergebnis wurde durch Einmalaufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen belastet, die in der Folge in 2002 eine deutliche Ergebnisverbesserung mit sich brachten. Die SPD-ReiseService GmbH hat in 2002 aufgrund der Restrukturierungsbemühungen in den vergangenen Jahren ein positives Ergebnis erwirtschaftet – gegen den allgemeinen Markttrend.</p>		

1950-1960



Ironie oder Einfalt? Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, Vater des deutschen Wirtschaftswunders, als Schaufensterauslage eines Berliner Textilgeschäfts.

Unternehmensverfassung. Als General-Treuhänderin des Vorstandes der SPD ist deren Schatzmeisterin mit der Verwaltung des Vermögens beauftragt. In dieser Funktion ist sie Gesellschafterin der dd_vg.. Sie wird in ihrer Arbeit von einem Treuhand-Aufsichtsrat begleitet.

Die Geschäftsführung der dd_vg. arbeitet im Rahmen der Unternehmensverfassung in eigener Verantwortung.

Die Gewinne der dd_vg. sind der Körperschaftsteuer unterworfen. Ausgeschüttete Gewinne werden zusätzlich mit Kapitalertragsteuer belegt.

Die vereinnahmten Gewinne werden im Rechenschaftsbericht der SPD nach den Vorschriften des Parteiengesetzes ausgewiesen.

Geschäftsführung, Gesellschafter, Aufsichtsrat

Geschäftsführung:

Jens Berendsen

Gerd Walter

Gesellschafter:

Inge Wettig-Danielmeier als Generaltreuhänderin* für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Treuhand-Aufsichtsrat**in 2002:

Dr. Hans Fahning (Vorsitzender, † 23.5.2003)

Björn Engholm

Uwe Jacobsen

Gisela Marx

Franz Müntefering

Friedel Neuber

Prof. Jobst Plog (bis 30.4.2002)

Thomas Wegscheider († 20.8.2002)

Inge Wettig-Danielmeier

*Die Generaltreuhänderin hält 99,25% an der dd_vg.; 0,75% werden von der Solidarität GmbH gehalten, treuhänderisch für den Parteivorstand der SPD.

**Der Treuhand-Aufsichtsrat berät den/die Generaltreuhänder/in in den wirtschaftlichen Grundsatzfragen des Unternehmens- und Liegenschaftsbereich.

1960-1970



Wandel durch Annäherung: Mit seiner „Politik der kleinen Schritte“ betreibt Willy Brandt eine neue Ostpolitik, die 1970 zu den innerdeutschen Gipfeln und den Verträgen von Moskau und Warschau führt.

Thema 1

Das System des Vertriebs von Presse-Erzeugnissen in Deutschland ist weltweit einzigartig: Die „Hersteller“ der Presse-Erzeugnisse, die Verlage, beliefern nicht die Verkaufsstellen direkt, sondern einen Großhandel, das so genannte Presse-Grosso. Überwiegend von privaten Kaufleuten betrieben, beliefert das Grosso täglich über 116.000 Verkaufsstellen mit durchschnittlich täglich verfügbaren 1.850 Presse-Produkten (Gesamtsortiment inkl. Auslandstitel in Einzelfällen bis zu 5.000 Titel). Damit verfügt Deutschland über das dichteste Verkaufsnetz mit der wohl größten Zahl an Presse-Titeln in der Welt.

Mit Blick auf die Verankerung der Pressefreiheit im Grundgesetz ist es geboten, dieses effiziente Vertriebssystem zu schützen: Verhandlungen über die Margen des Grosso sollten seine umfangreichen Aufgaben berücksichtigen. Die versteckten Drohungen einzelner Großverlage, aus dem Grosso-System auszusteigen, sind ein Spiel mit dem Feuer. Leid tragende wären nicht nur die kleineren Verlage und die Konsumenten, sondern auch die Pressevielfalt wäre gefährdet.

In dem folgenden Artikel erklärt der Geschäftsführer des Bundesverbandes Presse-Grosso, Gerd Kapp, wie das System funktioniert.

Das System des Presse-Grosso.

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 beschlossen „die Väter des Grundgesetzes“, den staatlichen Missbrauch der Presse ein für allemal auszuschließen. Die Jahre 1933 – 1945 hatten in beängstigender Weise gezeigt, wie eine Regierung die Presse rücksichtslos und vorsätzlich zur Manipulation des Volkes missbrauchen kann.

Mit dem Artikel 5 unseres Grundgesetzes wurde deshalb die Möglichkeit zur Gleichschaltung der Presse und zur Unterdrückung unbequemer Meinungen ausgeschlossen. Pressefreiheit, Pressevielfalt und Vertriebsfreiheit sind garantiert. Diese grundgesetzlich geschützten Rechte finden ihre Schranken lediglich in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

In einem demokratischen Staat hat die Presse die Aufgabe, umfassend zu berichten, damit die Menschen sich selbstständig eine eigene Meinung bilden können. Die freie, unbehinderte Berichterstattung ermöglicht außerdem die Kontrolle über den Staat und sein Handeln. Dafür muss die Presse unabhängig sein. Die grundgesetzlich verankerte Pressefreiheit garantiert diese Unabhängigkeit. Damit sich in einer pluralistischen Gesellschaft alle, auch Minderheiten, an der allgemeinen Willensbildung beteiligen können, hat jeder das Recht, seine Meinung ungehindert „in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.“

Zur ungehinderten Verbreitung von Printmedien müssen aber auch die entsprechenden Vertriebsmöglichkeiten garantiert sein. Die Presse-Grossisten („Presse-Grosso“) übernehmen die neutrale Versorgungs- und Verteilungsfunktion. Sie sind auf Grund ihrer Marktstellung verpflichtet, ihre Dienstleistungen allen Presseverlagen und allen Presseerzeugnissen gleichermaßen zur Verfügung zu stellen.

Das Pressevertriebssystem in der Bundesrepublik stellt sicher,

Das Presse-Grosso: Garant für die Pressevielfalt.

dass auch Titel mit geringen Auflagen ihren Weg zum Leser finden.

Um das Grundrecht aller Bürger auf freie Meinungsäußerung einerseits und umfassende Versorgung mit PRESSE andererseits zu gewährleisten, gelten im Handel mit Presseerzeugnissen besondere, wichtige Regeln.

So hat der Gesetzgeber für das Presse-Grosso wegen seiner einzigartigen Marktstellung Pflichten und Rechte definiert, die es vom herkömmlichen Großhandel in mancherlei Hinsicht unterscheidet:

1. Alleinauslieferung. Das bedeutet, dass jeder Grossist ausschließlich die Einzelhändler in seinem, von den Verlagen verbindlich definierten Vertriebsgebiet mit Zeitungen und Zeitschriften beliefern und betreuen darf. (Lediglich in zwei Gebieten in Deutschland wird der Einzelhandel von zwei Grossisten mit Titeltrennung beliefert).

Das Alleinauslieferungsrecht für ein bestimmtes Vertriebsgebiet verpflichtet die Presse-Grossisten zur Aufnahme aller Presseerzeugnisse und zur Belieferung auch entlegener und umsatzschwacher Verkaufsstellen. Das Presse-Grosso erfüllt somit eine im öffentlichen Interesse stehende Versorgungsfunktion.

Durch die Alleinauslieferung erhält der Grossist zudem genaue Informationen darüber, welche Titel und wie viele der gelieferten Exemplare pro Folgennummer jeder Einzelhändler verkaufen konnte. Diese Daten bilden die Grundlage, um für jeden Einzelhändler bedarfsgerechte Liefermengen ermitteln zu können.

2. Preisbindung. Ziel der Preisbindung ist es, den Erwerb von Zeitungen und Zeitschriften überall unabhängig von Nachfrageschwankungen zum gleichen Preis zu ermöglichen. „Preiskämpfe“ im Einzelhandel, die auch zum Aussterben kleinerer Presseverkaufsstellen führen, werden dadurch vermieden. Es wird eine Sortimentspolitik ausgeschlossen, die nicht dem Anspruch des Artikels 5 des Grundgesetzes gerecht wird. Dabei haben die Verlage das Recht, für ihre Erzeugnisse bundesweit einheitliche Einkaufspreise für den Einzelhandel und den Endverbraucher festzulegen.

3. Remissionsrecht. Einzelhändler und Grossisten haben das Recht, alle unverkauften Exemplare (Remittenden) an die Verlage gegen Gutschrift zurückzugeben. Damit entfällt für sie das Risiko, auf unverkaufter Ware „sitzen zu bleiben“. Dies ermöglicht dem Presse-Grosso und dem Einzelhandel, sämtliche Priesstitel in ausreichender Anzahl zum Verkauf vorrätig zu halten, auch solche, deren Verkaufschancen sich nur schwer vorhersagen lassen.

Positiver Effekt: Ausverkäufe werden vermieden oder minimiert, die Pressevielfalt bleibt erhalten.

Alle Grossisten wirken darauf hin, den Einzelhandel so bedarfsgerecht wie möglich zu beliefern und die Remissionsmenge möglichst gering zu halten, denn Transport und Bearbeitung der Remittenden kosten Zeit und Geld.

Auch aus umweltpolitischen Gründen strebt das Grosso eine möglichst geringe Remissionsquote an.

4. Dispositionsrecht. Bei der Titel- und Mengen-Disposition

geht es darum, marktnah abzuschätzen, wie viele Zeitschriften und Zeitungen voraussichtlich für jeden Einzelhändler benötigt werden. Da die Verlage das Risiko der unverkauften Ware – Produktionsrisiko – und die Grossisten den Aufwand für die Remissionsabwicklung – Handlingrisiko – tragen, haben sie auch das Recht, die Bezugsmengen der Einzelhändler pro Titel für ein verkaufsfähiges Sortiment festzulegen. Die Grossisten nutzen intelligente, mathematische Dispositionsverfahren und EDV-Programme, um den Einzelhändlern täglich ein bedarfsgerechtes und gut verkäufliches Pressesortiment zur Verfügung zu stellen.

Um die Gleichbehandlung der Einzelhändler zu gewährleisten, legen die Verlage in der Regel auch die Erstverkaufstage für ihre Erzeugnisse verbindlich fest.

Fazit: Mit der Preisbindung, der gebietsbezogenen Alleinlieferung, dem Remissions- und Dispositionsrecht, den dadurch erworbenen genauen Marktkenntnissen und durch jahrzehntelange Erfahrung gewährleistet das Presse-Grosso wie kein anderes System den effektiven, bedarfsgerechten und neutralen Vertrieb des umfangreichen und vielfältigen Pressesortiments.

Das Marketing des Presse-Grosso.

Grundlage für erfolgreiches Presse-Marketing ist die schnelle und genaue Ermittlung der Verkaufsergebnisse. Diese Daten lassen Rückschlüsse auf die Kaufgewohnheiten der Leser zu und ermöglichen Presse-Grossisten, so zu disponieren, dass das aktuelle Warenangebot jeder Verkaufsstelle den jeweiligen Wünschen der Leser entspricht. Der Einzelhändler erzielt so einen optimalen Presseumsatz.

Zur exakten Verkaufsdatenermittlung werden im Grosso unterschiedliche elektronische Remissionserfassungssysteme eingesetzt, um manuell oder automatisch gesteuert zu registrieren, wie viele Exemplare ein Einzelhändler pro Titel und Folge zurückgegeben hat. Aus dem Vergleich dieser Informationen mit den entsprechenden Lieferwerten errechnen die Datenverarbeitungsanlagen die jeweiligen Verkaufsprognosen.

Um die Pressesortimente verkaufsstellenindividuell noch bedarfsgerechter zusammenstellen zu können, wird vermehrt das System der „Verkaufstäglichen Marktbeobachtung am Point of Sale“ (VMP) eingesetzt. Die Grossisten können sofort nach Verkaufsbeginn titelspezifische Verkaufstrends erkennen, indem die von der Scannerkasse des Einzelhändlers erfassten Presseverkaufsdaten an den Rechner des Grossisten gesendet werden. Droht der Ausverkauf eines Titels, erfährt der Grossist dies so früh, dass er rechtzeitig nachliefern kann. Auch Titel, die über längere Zeit keinen Verkauf aufweisen, werden erkannt und gegen nachgefragte Titel ausgewechselt.

Der Einzelhandel erreicht durch VMP eine bessere Marktausschöpfung und eine höhere Rentabilität. Darüber hinaus verfolgt das Presse-Grosso durch seine Einzelhandelsstrukturanalyse (EHA STRA) permanent die Zusammenhänge zwischen Sortiment, Größe und Lage der Einzelhandelsgeschäfte, ihrer Käuferzahl, Käuferstruktur, Regalfläche und ihrem Presseumsatz. Diese Analyse hilft den Grossisten bei der Beratung und Unterstützung des Einzelhändlers, der Planung und Umsetzung von Marketingmaßnahmen und

gibt den Verlagen wichtige Informationen bei der Einführung neuer Zeitschriften.

Nachdem der Grossist die Verkaufsdaten jedes Titels bei jedem Einzelhändler genau ermittelt hat, legt er die neuen Liefermengen mit Hilfe erprobter und anerkannter Prognoseverfahren fest. Diese Verfahren werden von innovativen Grosso-Unternehmen und Verlagen ständig weiterentwickelt und verfeinert.

Das Marketing des Presse-Grosso umfasst auch die umfangreiche Beratung der Einzelhändler vor Ort in allen Fragen des Pressemarketings. Das Aufgabenspektrum reicht von der Rentabilitätsanalyse des Sortiments bis zur tatkräftigen Hilfe bei der Planung und Durchführung von Verkaufsförderungsmaßnahmen.

Vom Verkauf bis zur Abwicklung der Remission erhalten die Einzelhändler durch das Presse-Grosso umfangreiche Unterstützung: Bereitstellung von Verkaufshilfen und Werbemitteln, Beratung bei der Regalpflege, bei der Präsentation des Pressesortiments.

Um das Angebot, vor allem auch kleinauflägiger Titel, für den Leser zu verbessern, initiierte das Presse-Grosso bundesweit die Schaffung eines dichten Netzes nach außen deutlich erkennbarer Facheinzelhändler für Zeitungen und Zeitschriften. Potentielle Käufer brauchen jetzt nur noch nach Geschäften mit dem „Blauen Globus“ Ausschau zu halten. Dieses Symbol kennzeichnet den PRESSE-Fachhandel, von dem der Käufer stets ein überdurchschnittliches Presseangebot, hohe Beratungskompetenz und ausgeprägte Servicebereitschaft erwarten darf.

Bereits heute ist absehbar, dass der PRESSE-Fachhandel eine wichtige Hilfe für das Grosso und für die Verlage bei der Einführung neuer Titel sowie bei der Durchführung von Werbe- und Verkaufsförderungsmaßnahmen sein wird.

Die Logistik.

Bei der Vielzahl der Presseprodukte und der Vielzahl der Verkaufsstellen ist der zeitgerechte Transport der Produkte für das Presse-Grosso eine echte Herausforderung: Sobald die letzten Zeitungen nachts beim Grossisten eingetroffen sind, beginnt für die Grosso-Mitarbeiter der Wettlauf gegen die Uhr. Bis Tagesanbruch müssen alle angelieferten Zeitungen und Zeitschriften in nur wenigen Stunden fertig kommissioniert, verpackt, ausgeliefert und rechtzeitig zur Geschäftsöffnung beim Einzelhandel sein. Die Arbeit wird erleichtert durch den Einsatz moderner, EDV-gestützter Technologie im Kommissionierbereich, elektronisch gesteuerter Kommissionierstraßen, Förderbänder und automatischer Verpackungsanlagen. Hohe Anforderungen werden gleichermaßen an die Auslieferungsfahrer und Spediteure der Grossisten gestellt, die ihren Dienst bei Wind und Wetter, Schnee und Glätte in den frühen Morgenstunden zuverlässig verrichten.

Bewahren, was sich bewährt hat.

Das System des Pressevertriebs in Deutschland ist leistungstark wie kein zweites auf der Welt: Es umfasst 116.802 Verkaufsstellen und verfügt damit über die höchste Distributionsdichte überhaupt. In keinem Land der Erde gibt es derart viele Presseerzeugnisse wie in Deutschland: Das durchschnittliche Pressesortiment beträgt immerhin 1.850 Presseprodukte. Und jährlich werden es mehr: Zum Wohle des Konsumenten – und der Pressefreiheit.

Thema 2

Im vergangenen und im laufenden Geschäftsjahr sind die Hörfunkbeteiligungen der Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH zunehmend ins Blickfeld medien- und parteipolitischer Diskussionen gerückt. In einigen Bundesländern sind seit 2001 gezielt Gesetze über den privaten Rundfunk geändert worden, die lizenzpolitische Konsequenzen für diese Beteiligungen haben. Dadurch ist eine strittige Rechtslage entstanden, die im Mittelpunkt eines Antrags von 232 SPD-Bundestagsabgeordneten auf ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe steht. Worum geht es?

Die dd_vg. hält direkt nur Anteile an einem einzigen Radioveranstalter: 9,2 Prozent der Anteile bei der RPR Rheinland-Pfälzische Rundfunk GmbH & Co KG in Ludwigshafen mit den Sendern Hit-Radio RPR und Radio RPR 2. Alle weiteren Beteiligungen an 11 Rundfunkveranstaltern in acht Bundesländern sind indirekter Natur. Sie kamen zu Stande, weil die dd_vg. Beteiligungen an Zeitungsverlagen hält, die ihrerseits Radioanteile halten (vgl. Übersichtstabelle). Allein die hannoversche Verlagsgesellschaft Madsack ist neben drei Sendern in Niedersachsen an sechs Sendern in fünf Bundesländern engagiert. Hinzu kommt eine Besonderheit in Nordrhein-Westfalen: Dort sind die Zeitungsverlage Westfalen und Neue Westfälische, an denen die dd_vg. beteiligt ist, an Betriebsgesellschaften von 15 Lokalfunkstationen beteiligt, die nicht identisch sind mit den Rundfunkveranstaltern sondern lediglich die Technik zur Verfügung stellen.

Für alle indirekten Beteiligungen gilt: Sie liegen im niedrigen einstelligen Prozentbereich oder noch darunter. Die dd_vg. sitzt bei diesen Sendern weder mit am Tisch noch kann sie auf andere Weise Einfluss auf deren Geschäftspolitik nehmen.

Zur Erinnerung: Der private Rundfunk im Dualen System entstand in den Achtziger Jahren vorwiegend dadurch, dass etablierte Verlagshäuser sich zusammenschlossen, um gemeinsam lokale und regionale Sender zu betreiben. So halten fast alle Zeitungen in Deutschland minimale Rundfunkanteile, teilweise sogar unter einem Prozent, um sich den Zugang zu den elektronischen Medien zu sichern. Dies war eine politische Grundsatzentscheidung der damaligen Bundesregierung.

Dass mit diesen Beteiligungen kein publizistischer Einfluss von dd_vg. oder SPD verbunden ist, wissen auch die Kritiker. Trotzdem wird die Unterstellung genährt, diese Beteiligungen seien eine Gefahr für die journalistische Unabhängigkeit der Sender. Sei die „Parteienferne“ nicht garantiert, sei auch das Gebot der „Staatsferne“ des privaten Rundfunks in Frage gestellt. Mit dieser Begründung hat sich in einigen Bundesländern ein Zug parlamentarischer Initiativen in Gang gesetzt, der auf das Verbot von Beteiligungen an Rundfunksendern durch die dd_vg. zielt.

So ist im Hessen von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) kurz vor Weihnachten 2000 spätabends in der dritten Lesung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes durch Zusatzantrag ein Verbot der Vergabe von Rundfunklizen-

Rundfunkgesetzgebung gegen die dd_vg. – verfassungswidrig.

zen an Unternehmen, an denen Parteien direkt oder indirekt beteiligt sind, eingefügt worden. Die Folgen haben vor allem die Mitgesellschafter der dd_vg. getroffen: So hielt z.B. die Blitz-Tip Medien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG eine FFH-Beteiligung von 2,8139%. An dieser Gesellschaft war die Beteiligungsgesellschaft Neue Zeitung GmbH & Co KG mit 33,3% beteiligt, die eine 100%-Tochter der Verlagsgesellschaft Madsack ist, an der die dd_vg. wiederum mit 20,389% beteiligt ist. Durchgerechnet ergab sich daraus eine indirekte wirtschaftliche dd_vg.-Beteiligung an FFH von 0,1911%. Und trotzdem musste sich die Verlagsgesellschaft Madsack von ihrer indirekten Beteiligung trennen.

Um das Volumen der strittigen Beteiligung deutlich zu machen: Die dd_vg. war zum Zeitpunkt der Gesetzesnovelle in Hessen mittelbar über drei Gesellschaften mit 2,34 Prozent am landesweiten Sender Radio FFH beteiligt. Zum Vergleich: Die unmittelbaren Anteile anderer großer Medienunternehmen an diesem Sender sind weit größer, beispielsweise hielt das Verlagshaus Axel Springer damals direkt mehr als 12 Prozent der Anteile, die inzwischen aufgestockt wurden. Der Nachweis einer redaktionellen Beeinflussung politischer oder anderer Art durch die dd_vg. wurde im Hessischen Landtag durch die Initiatoren der Gesetzesänderung nie geführt und wäre angesichts der Fakten auch nicht zu führen gewesen.

Hessen blieb nicht das einzige Bundesland, das mit einer unionsgeführten Mehrheit die Lizenzvergabe gesetzlich änderte. Der Stuttgarter Landtag verabschiedete eine entsprechende Änderung mit dem Landesmediengesetz Baden-Württemberg im Januar 2003. Konsequenzen für die dd_vg. hatte dies zunächst nicht, da die Gesellschaft weder mittelbar noch unmittelbar an dortigen Sendern beteiligt ist. Es belastet aber zukünftige Geschäftstätigkeit im Südwesten. Kurz darauf begann der Bayerische Landtag mit Beratungen über eine entsprechende Gesetzesnovelle, die im Juli verabschiedet wurde: Auch mittelbar dürfen dort Parteien bzw. von Parteien abhängige Unternehmen nur noch mit fünf Prozent an Sendern beteiligt sein. Die Folge: Binnen zwei Jahren wird die dd_vg. mit ihren Mitgesellschaftern eine Lösung finden müssen, um die Beteiligungen an den Sendern Radio eins (Coburg), Grenzlandwelle (Hof) und Radio Mainwelle (Bayreuth) dem Gesetz nach zu reduzieren. Die Niedersächsische Landesregierung kündigte im Frühjahr 2003 ebenfalls eine Novellierung des Niedersächsischen Mediengesetzes an.

Für die dd_vg. bedeutet dies je nach Gesetzeslage eine unterschiedlich starke Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeit. Ein direktes, sofort in Kraft tretendes Beteiligungsverbot nach hessischem Muster hat praktisch immer einen wirtschaftlichen Schaden der betroffenen Unternehmen zur Folge. Dies gilt im Prinzip auch, wenn Anteile nicht sofort, aber innerhalb einer Übergangsfrist veräußert werden

1970-1980



Wie der israelische Jom-Kippur-Krieg in Deutschland zu leeren Autobahnen führte: Sonntags-Fahrverbot während der Ölkrise 1973.

müssen (wie z.B. innerhalb von zwei Jahren wie in Bayern).

Die neuen Regelungen schaffen zwei Klassen von privaten Verlagsunternehmen in Deutschland: Solche mit einer dd_vg.-Beteiligung werden anders behandelt als Konkurrenten ohne. Dabei dürfte es in Wahrheit nicht um die Rundfunkfreiheit sondern um die wirtschaftlichen Ergebnisse gehen, die mit der unternehmerischen Tätigkeit der dd_vg. verbunden sind: Die SPD soll finanziell getroffen werden. Damit wird die jüngst im Deutschen Bundestag über die Parteigrenzen hinweg erfolgte Novellierung des Parteiengesetzes unterlaufen, in dem die Einnahmen der SPD aus Vermögen – insbesondere also aus den Unternehmensbeteiligungen – nicht in Frage gestellt wurden. Ganz im Sinne der Kommission zur Reform des Parteiengesetzes beim Bundespräsidenten, die dazu folgendes festgestellt hatte: „38. Die Kommission empfiehlt keine gesetzlichen Regelungen zur Begrenzung der unternehmerischen Tätigkeit von Parteien, auch nicht im Medienbereich. Ein etwaiger beherrschender Einfluss von Parteien auf die Presse aufgrund von Beteiligungen im Bereich der Printmedien wäre im Übrigen vorrangig mit den Mitteln und nach den allgemeinen Maßstäben des Kartellrechts und des Presserechts einzudämmen. Dass ein solcher Zustand derzeit von irgendeiner Partei in Deutschland erreicht wäre, ist nicht ersichtlich. Die Möglichkeit der Parteien, an der Entwicklung der neuen Medien teilzunehmen, insbesondere des Internet, sollte nicht beschnitten werden.“

Geschäftsgrundlage zwischen den Parteien war stets die ausdrückliche Anerkennung, dass die SPD ihr Vermögen in 140 Jahren redlich erworben hatte, sowie die Feststellung, dass die SPD deutlich weniger Spenden einwirbt als die anderen Parteien.

Von besonderer Bedeutung ist die verfassungsrechtliche Bewertung der neuen Gesetze. Der Frankfurter Professor Joachim Wieland hält sie in mehreren Punkten für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz. Der Ausschluss von Unternehmen und Vereinigungen, an denen Parteien beteiligt sind, ohne auf sie unmittelbar oder mittelbar einen beherr-

schenden Einfluss ausüben zu können, von der Zulassung zur Veranstaltung privaten Rundfunks verstoße in formeller und materieller Hinsicht gegen die Verfassung:

Materiell, weil es massiv gegen die Grundrechte der Parteien sowie gegen die Grundrechte von Medienunternehmen verstoße, insbesondere die Garantien auf Eigentumsfreiheit, Berufsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit.

Formell, weil diese Gesetze gegen die Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern verstießen: Rundfunkrecht ist Ländersache, aber Parteienrecht ist ausschließlich Bundesrecht. Tatsächlich werde nicht eine medienrechtliche Regelung zur Sicherung von Staatsferne, Überparteilichkeit und Meinungsfreiheit im Rundfunk getroffen, sondern eine Änderung des Status und der Rechte politischer Parteien bezweckt, um deren Handlungsmöglichkeiten einzuschränken. Ein Landtag überschreite mit solchen Gesetzen seine Kompetenz als Gesetzgeber und beschneide die Rechte des Bundestages.

Hinzu trete ein weiterer formaler Verfassungsverstoß: Ein Gesetz, das allein auf eine Partei und ihren Unternehmensbereich zielt, sei als „getarntes Einzelfallgesetz“ nicht zulässig. Laut Grundgesetz müsse ein Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten, soweit es ein Grundrecht einschränke.

Wieland fügt hinzu, dass als legitimer Zweck für diese Gesetze nur der Schutz des privaten Rundfunks vor der Beherrschung durch eine politische Partei in Betracht komme. Zur Erreichung dieses Zwecks sei die gesetzliche Regelung aber nicht erforderlich, weil sie nicht auf eine Beherrschung von Unternehmen, die privaten Rundfunk veranstalten, durch Parteien abstelle. Vielmehr genüge nach der gesetzlichen Regelung schon eine minimale Beteiligung, aus der unter keinen Umständen eine Beherrschung folgen kann. Das verletze auch den allgemeinen Gleichheitssatz, weil es sich um eine Ungleichbehandlung ohne rechtfertigenden sachlichen Grund handle.

Der Schriftsatz von Professor Wieland für das Bundesverfassungsgericht ist im Anhang dieses Geschäftsberichts dokumentiert.

1980-1990



Berlin, Brandenburger Tor, 31.12.1989: Ein Land wächst zusammen, ein System zerfällt. Ein Wendepunkt nicht nur der Geschichte Deutschlands, sondern der ganzen Welt.

**Rundfunkbeteiligungen
mit direkter oder indirekter Beteiligung der dd_vg..**

Bundesland	Privater Rundfunksender	Gesellschafter (Beteiligungsquote)	Durchgerechneter indirekter dd_vg.-Anteil
BAYERN	Radio eins, Coburg	Neue Presse, Coburg (25%)	7,5%
	Grenzlandwelle, Hof	Frankenpost, Hof (9,6%)	9,6%
	Radio Mainwelle, Bayreuth	Nordbayer. Kurier, Bayreuth (33%)	9,8%
MECKLENBURG-VORPOMMERN	Antenne Mecklenburg-Vorpommern, Plate	Verlagsges. Madsack, Hannover (2,5%)	0,5%
NIEDER-SACHSEN	Antenne Niedersachsen, Hannover (Hit Radio Antenne)	Verlagsges. Madsack, Hannover (21,6%)	4,4%
	Funk & Fernsehen Nordwestdeutschland, Hannover (Radio ffh)	Verlagsges. Madsack, Hannover (13,7%)	3,1%
	NiedersachsenRock 21, Garbsen (Radio 21)	Verlagsges. Cuxhaven (0,7%) Verlagsges. Madsack, Hannover (7,1%)	1,4%
RHEINLAND-PFALZ	RPR Rheinland-Pfälzischer Rundfunk, Ludwigshafen (RPR 1, RPR 2)	<i>Einzigste Direktbeteiligung der dd_vg. mit 9,2% !</i>	11,2%
	Radio RocklandPfalz, Pirmasens	Verlagsges. Madsack, Hannover (9,7%)	
		Verlagsges. Madsack, Hannover (2,3%)	0,5%
SACHSEN	Antenne Sachsen, Dresden	Verlagsges. Madsack, Hannover (11%)	2,2%
SACHSEN-ANHALT	Antenne Sachsen-Anhalt, Halle	Verlagsges. Madsack, Hannover (18,9%)	3,9%
THÜRINGEN	Antenne Thüringen, Weimar	Suhler Verlagsges. (15%) Verlagsges. Madsack, Hannover (9,5%)	6,4%
NORDRHEIN-WESTFALEN <small>Lizenzrechtlicher Sonderfall: Rundfunkveranstalter- und Betriebsgesellschaften sind in NRW nach Gesetz getrennt. Indirekte Beteiligungen der dd_vg. gibt es nur an Betriebsgesellschaften, also keine Beteiligung an Rundfunkveranstaltern.</small>	Radio Herne	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (75%)	9,8%
	Radio Bochum	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (92%)	12,1%
	Radio Emscher-Lippe	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (87%)	11,4%
	Radio Ennepe-Ruhr-Kreis	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (92%)	12,1%
	Radio Hagen	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (34%)	4,5%
	Radio Hochsauerlandkreis	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (18%)	2,4%
	Lokalfunk Dortmund	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (35%)	4,6%
	Lokalfunk Siegen	Zeitungsverl. Westfalen, Essen (14%)	1,8%
	Radio Herford	Ztg.-Verl. Neue Westfälische, Bielefeld (75%)	37,7%
	Radio Hochstift, Paderborn	Ztg.-Verl. Neue Westfälische, Bielefeld (75%)	37,7%
	Radio Bielefeld	Ztg.-Verl. Neue Westfälische, Bielefeld (71%)	35,7%
	Radio Westfalica, Minden-Lübbecke	Ztg.-Verl. Neue Westfälische, Bielefeld (27%)	13,6%
	Radio Gütersloh	Ztg.-Verl. Neue Westfälische, Bielefeld (27%)	13,6%
	Radio Lippe, Detmold	Ztg.-Verl. Neue Westfälische, Bielefeld (5%)	2,5%

1990-2000



Symbol für einen neuen politischen und gesellschaftlichen Aufbruch: Seit dem 19.4.1999 ist der Berliner Reichstag wieder Sitz des deutschen Parlaments.

Erläuterung Dokumentation und Impressum.

Prof. Dr. Joachim Wieland vom Institut für öffentliches Recht der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main hat im Auftrag von 232 Abgeordneten des Deutschen Bundestages beim Bundesverfassungsgericht den Antrag gestellt, das im Dezember 2000 geänderte Privatrundfunkgesetz Hessens insoweit für nichtig zu erklären, als es Unternehmen von der Zulassung zur Veranstaltung privaten Rundfunks ausschließt, an denen politische Parteien beteiligt sind.

Der Antrag beim Bundesverfassungsgericht wird hier dokumentiert.

Herausgeber: deutsche druck- und verlagsgesellschaft mbh

Gestaltung: Walther Weiss

Fotos: AKG/Berlin (11)
Leica Camera AG (2)
Marco Urban (1)
J.H. Darchinger (1)
Bilderberg/Grames (1)

Druck: wullenwever print + media Lübeck GmbH

